



SHT 2022 in Kiel

Leitantrag zum SHT 2022 in Kiel

24. und 25. September

Holsteiner VIP-Zelt | Westring 501
24106 Kiel

Sicherheitspolitik neu und ganzheitlich denken

1

2 Politik und ihre Schwerpunkte werden immer von der größten aktuellen Krise bestimmt. Oft geraten
3 dann andere Themen in den Hintergrund. So war in den letzten zwei Jahren die Corona-Pandemie be-
4 stimmend, während die Visibilität militärischer Auseinandersetzungen abnahm. Nachdem Russland im
5 Jahre 2014 erstmals die Ukraine angriff und die Krim gewaltsam annektierte, geriet dieser Konflikt
6 durch die Flüchtlingskrise 2015 aus dem Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Auch wenn uns
7 weniger Informationen zu diesen Konflikten erreichen, werden die Konflikte dennoch fortgesetzt und
8 entwickeln sich teilweise unbemerkt – wie jetzt durch den Angriffskrieg Russlands gegenüber der Uk-
9 raine deutlich wird. Dieser kaltblütige Angriff ist für unsere Generation der erste Krieg, der in unserer
10 direkten Nachbarschaft ausgefochten wird. Ein heißer militärischer Konflikt ist somit für viele zum ers-
11 ten Mal greifbar. Dennoch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass in anderen Teilen der Welt
12 weitere Konflikte schwelen, die in den nächsten Jahren größere Ausmaße annehmen könnten und teil-
13 weise bereits jetzt militärisch ausgetragen werden.

14 Vor diesem Hintergrund fühlt sich die Junge Union Schleswig-Holstein dazu verpflichtet, sich mit dem
15 Thema Sicherheitspolitik umfassend zu beschäftigen. Wir beziehen klar Position, denn internationale
16 Sicherheitspolitik ist in unserer globalisierten Welt auch Voraussetzung für innere Sicherheit. Aus die-
17 sem Grund wollen wir im Folgenden Sicherheitspolitik neu und ganzheitlich denken.

Unsere Bundeswehr – mehr als eine Verteidigungsarmee

19 Die letzten Jahre haben uns gelehrt, wann Diplomatie an ihre Grenzen stößt und dass militärische
20 Stärke auch heute noch als Machtfaktor nicht wegzudenken ist. Wir brauchen eine starke Bundeswehr,
21 wenn wir uns weiter im internationalen Raum behaupten wollen. Alle 10 Jahre erscheint ein neues
22 Weißbuch für die Bundeswehr, in dem die strategische Ausrichtung der Bundeswehr festgelegt
23 wird – letztmals 2016. Darin ist festgeschrieben, dass Deutschland in Zusammenarbeit mit seinen in-
24 ternationalen Partnern Gesellschaft, Territorien und Handlungsfähigkeit schützt. Daraus werden unter
25 anderem die folgenden Aufgabenfelder abgeleitet: Landes- und Bündnisverteidigung, internationales
26 Krisenmanagement, Heimatschutz, internationale Kooperationen, humanitäre Not- und Katastrophen-
27 hilfe, Cybersicherheit und Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien. Da die Neufassung des Weiß-
28 buches im Jahre 2026 geänderte Bedingungen vorfinden wird und es wichtig ist, schon heute die ge-
29 sammelten Erkenntnisse der gegenwärtigen internationalen Konflikte zu berücksichtigen, steht die
30 Junge Union Schleswig-Holstein für die folgende zukünftige Ausrichtung der Bundeswehr ein.

31 • Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, die die territoriale Integrität Deutschlands und
32 seiner Bündnispartner nicht nur bei einem Angriff des eigenen Territoriums, sondern auch im
33 Ausland, im Cyberraum und im Weltall sichert.

34 Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein ist es zu kurz gedacht, die Sicherheit Deutschlands
35 nur an der Landesgrenze zu verteidigen. Durch neue internationale Dynamiken und neue digitale
36 Räume muss das Blickfeld hier erweitert werden.

- 37 • Die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung ist die Kernaufgabe der Bundeswehr. Ergänzende
38 Fähigkeiten der humanitären und zivildienstlichen Hilfe sollen bewahrt werden.
- 39 • Zu den militärischen Fähigkeiten gehören des Weiteren: die Krisenfrüherkennung basierend
40 auf einem Strategic Review, die Bekämpfung von internationalem Terrorismus und die For-
41 schung an neuen Schlüsseltechnologien.
- 42 • Die Bundesrepublik und damit auch die Bundeswehr bekennen sich zu ihrer nuklearen Teil-
43 habe und erhalten diese aufrecht. Hierbei ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ins-
44 besondere mit Frankreich zu stärken.

45 Die Bundeswehr ist eine Armee und keine Organisation zur Katastrophenhilfe. Hier müssen wir gegen
46 diesen Eindruck steuern und wieder die richtigen Schwerpunkte setzen. Dabei sind die erworbenen
47 Fähigkeiten zu erhalten. Der Aufbau von militärischen Fähigkeiten kann allerdings nicht nur als Stär-
48 kung der Streitkraft verstanden werden. Selbstverständlich ist als Prävention eine Krisenfrüherken-
49 nung und ein Strategic Review als systematische Analyse vergangener Aktivitäten durchzuführen, um
50 zukünftige Handlungen basierend auf den gegenwärtigen Gegebenheiten zu planen. Hierbei sollen
51 Fehler erkannt und Chancen identifiziert werden. Dies hat fortwährend zu erfolgen. Wir bekennen uns
52 zur nuklearen Teilhabe und damit zur Stationierung und Vorhaltung von Transportflugzeugen für
53 Atomwaffen. Die strategische Abschreckung muss zur Friedenssicherung zwingend erhalten bleiben.
54 Die Abhängigkeit zu den Vereinigten Staaten soll an dieser Stelle reduziert werden, indem die Zusam-
55 menarbeit mit Frankreich intensiviert wird.

56 Auch der Weltraum ist für unsere Sicherheit von zunehmender Bedeutung. Schon jetzt sind wir u.a.
57 bei der Navigation, Steuerung, Kommunikation, Meteorologie und sonstiger Aufklärung auf den Ein-
58 satz von Satelliten angewiesen. Wir stellen deshalb die folgenden Forderungen:

- 59 • Das 2021 in Dienst gestellte Weltraumkommando der Bundeswehr ist in allen notwendigen
60 Belangen zu stärken.
- 61 • Langfristig ist ein zivil und militärisch nutzbarer Weltraumbahnhof in der Nordsee aufzubauen
62 und in Betrieb zu nehmen.

63 In den letzten Jahren haben mehrere Länder gezeigt, dass sie Satelliten nicht nur stören, sondern auch
64 gezielt zerstören können. Einen Ausfall dieser für uns kritischen Infrastruktur gilt es, um jeden Preis zu
65 verhindern. Dazu muss die Bundeswehr in der Lage sein. Derzeit startet die ESA ihre Raketen exponiert
66 in Fr. Guyana. Dies stellt im Falle eines militärischen Konflikts eine kritische Schwachstelle dar, da wir
67 leicht von der Installation und Wartung unserer Satelliten abgeschnitten werden können. Dieses Be-
68 drohungsszenario ist langfristig durch einen zentraleuropäischen Weltraumbahnhof zu antizipieren.

69 Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist häufig Gegenstand von Diskussionen, in denen dieser ent-
70 weder kritisiert oder stärker gefordert wird. Die Wehrverfassung bedarf keiner Änderungen. Die Bun-
71 deswehr kann im Inneren im Rahmen der Amtshilfe eingesetzt werden, um die zuständigen Polizeibe-
72 hörden bei Bedrohungslagen im Inneren zu unterstützen und ihre Expertise einzubringen. Dazu sind
73 aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen zu erfüllen:

- 74 • Die Bundeswehr hat mit den Sicherheitsbehörden des Inneren regelmäßig gemeinsame Übun-
75 gen durchzuführen.
- 76 • Es ist ein gemeinsamer Krisenstab von Bundeswehr und Sicherheitsbehörden des Inneren vor-
77 zuhalten.

78 Damit die Zusammenarbeit im Ernstfall möglich ist und effektiv erfolgen kann, muss diese trainiert und
79 ein dauerhafter gemeinsamer Krisenstab der Bundeswehr mit den Sicherheitsbehörden des Inneren
80 vorgehalten werden.

81 **Die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber**

82 Um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können, muss die Bundeswehr entsprechend ausgestattet wer-
83 den. Dies gilt sowohl personell als auch bezogen auf das militärische Gerät und die Infrastruktur. Es
84 braucht strukturelle Reformen, wie die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver werden kann. Die Bun-
85 deswehr gehört mit rund 265.000 Mitarbeitern zu einem der größten Arbeitgeber Deutschlands. Um
86 das angestrebte Ziel einer Truppenstärke von 198.000 Soldaten und 61.400 Mitarbeitern im Zivildienst
87 im Jahr 2024 zu erreichen, muss es für Arbeitnehmer attraktiv sein, eine berufliche Laufbahn bei der
88 Bundeswehr zu beginnen. Unter diesen Gesichtspunkten sowie in Anbetracht des engagierten Einsat-
89 zes der Bundeswehr auf der einen Seite und der zu geringen Anerkennung für den Dienst an der Ge-
90 sellschaft auf der anderen Seite stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 91 • Die Bundeswehr muss verstärkt durch Vertreterinnen und Vertreter an Schulen und auf Be-
92 rufsmessen Werbung für den Beruf und Wehrdienst machen dürfen so wie es auch andere
93 Berufsvertreterinnen und -vertreter tun dürfen. Schulen sollen dazu verpflichtet werden, im
94 Fach Berufsorientierung einen Vertreter der Bundeswehr einzuladen.

- 95 • Der Wehrdienst, der Freiwillige Wehrdienst und auch „Dein Jahr für Deutschland“, der Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz, sind noch offensiver mit all ihren Möglichkeiten und verschiedenen Schwerpunkten zu bewerben.
- 96
- 97
- 98 • Die Anerkennung des Engagements bei der Bundeswehr in Auswahlverfahren im Rahmen des Studiums oder einer Ausbildung soll gesetzlich festgeschrieben und somit weiter ausgebaut werden.
- 99
- 100

101 Aktuell erfährt die Bundeswehr in unserem Land zu wenig positive Aufmerksamkeit und Anerkennung. In Schulen, an Universitäten und in der Gesellschaft wird ein eher negatives Bild von einer funktionsunfähigen Bundeswehr gezeichnet, das verhindert, dass Schülerinnen und Schüler und bzw. Studentinnen und Studenten den Berufsweg der Bundeswehr als attraktiv erachten und eine solche Laufbahn anstreben würden. Es wird zudem zu wenig über die Arbeit und die Tätigkeit der Bundeswehr informiert und aufgeklärt. Ziel sollte es sein, die Bundeswehr stärker in unserer Gesellschaft zu verankern und ein gerechtfertigtes Prestige wieder zu erlangen. Die Möglichkeiten innerhalb der Bundeswehr für junge Menschen, nach der Schule – auch in Kombination mit beispielsweise Auslandsaufenthalten –, nach einer abgeschlossenen Ausbildung oder dem Studium sind allerdings unzureichend in der Breite der Bevölkerung bekannt. Um das Ansehen und damit auch das Interesse, sich über Berufsmöglichkeiten der Bundeswehr zu informieren, zu steigern, sollte die Bundeswehr noch offensiver für den Freiwilligen Wehrdienst und den Beruf des Soldaten bzw. der Soldatin werben. Des Weiteren führt die Anerkennung des Engagements der Bundeswehr auf dem weiteren Berufsweg zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung.

115 Des Weiteren sind zudem die folgenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Truppenstärke zu erhalten.

- 116 • Berufssoldatinnen und -soldaten sind leistungsorientiert zu bezahlen und die Ermöglichung von besseren Ausbildungs- und Aufstiegschancen sind auszubauen.
- 117
- 118 • Der Wehrdienst soll auch für EU-Ausländerinnen und -Ausländer geöffnet werden.

119 Die Berufssoldatinnen und -soldaten werden auch in Zukunft den Kern der Bundeswehr darstellen. Sie müssen nicht nur einen angemessenen an ihrer Leistung orientierten Sold erhalten, sondern ihnen müssen auch klare Weiterbildungs- und Aufstiegschancen aufgezeigt werden. In Kampfverbänden müssen höhere Dienstgrade mehr Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse erhalten. Vor dem Hintergrund der immer engeren europäischen Zusammenarbeit und dem Personalbedarf der Bundeswehr sollte das Erfordernis der deutschen Staatsbürgerschaft in das der Unionsbürgerschaft geändert werden. In Bezug auf die enge Verbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Soldatinnen

126 und Soldaten, die Treue zur Bundesrepublik bei Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grund-
127 ordnung sowie möglichen Begrenzungen der staatsbürgerlichen Rechte von Soldatinnen und Soldaten
128 muss ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

129 Ferner stellt die Junge Union Schleswig-Holstein im Rahmen der Frauenförderung in der Bundeswehr
130 die folgenden Forderungen:

- 131 • Dienstpostenbeschreibungen sind so anzupassen, dass auch Frauen Zugang zu bestimmten
132 Einheiten erhalten.
- 133 • Das Coaching-Programm Referenta ist weiterzuführen und auszubauen, um Frauen in Füh-
134 rungspositionen innerhalb der Bundeswehr zu stärken.
- 135 • Es sind Gynäkologinnen und Gynäkologen bei der Bundeswehr auszubilden und den Soldatin-
136 nen als Ansprechpartner bereitzustellen.
- 137 • Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Familie und Bundeswehr besser vereinbaren zu
138 können.

139 Eine Studie der NATO Science & Technology Organization (STO) zeigt auf, dass Kampfeinheiten durch
140 die Beteiligung von Frauen effizienter werden. Deshalb ist es unerlässlich, Frauen einzusetzen und zu
141 fördern. Da Frauen in der Bundeswehr immer noch die Minderheit darstellen, sollen die Maßnahmen
142 dazu beitragen, dass sich mehr Frauen für einen Karriereweg bei der Bundeswehr entscheiden. Ein
143 wichtiger Punkt sind dabei die Dienstpostenbeschreibungen. Es geht nicht darum, die Anforderungen
144 zu verringern, sondern Frauen, die unter Umständen körperliche Voraussetzungen nicht erfüllen, trotz-
145 dem den Einsatz in einem bestimmten Truppenteil zu ermöglichen. Das Ziel dabei ist, die Einheit durch
146 Fähigkeiten, die Frauen besser beherrschen, zu unterstützen. Das Coaching-Programm Referenta dient
147 dazu mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Dies ist unbedingt fortzuführen und weiter aus-
148 zubauen. Insbesondere bei Frauen spielt das Thema Familienplanung eine entscheidende Rolle. Um
149 auch hier die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern, sind Frauen bestmöglich zu unterstützen. Dabei
150 ist es unverständlich, dass es keine durch die Bundeswehr ausgebildeten Gynäkologinnen und Gynä-
151 kologen gibt. Dies muss verändert werden. Es sind Maßnahmen zu erarbeiten, wie Familie und Bun-
152 deswehr besser zu vereinbaren sind, wie zum Beispiel die Vereinfachung der Beantragung von Eltern-
153 zeit und Mutterschutz.

154 Durch den Anstieg der internationalen Krisen wächst auch das Aufgabengebiet der Bundeswehr, wie
155 zu Beginn beschrieben. Um den Aufgaben nichtsdestotrotz gerecht zu werden, sind folgende Forde-
156 rungen zu erfüllen:

- 157 • Die Bundeswehr ist – abseits von militärischen Aspekten – auf Effizienz auszurichten. Es darf
158 nicht darum gehen, die Truppenstärke im Sinne der Erhöhung der Anzahl an Soldaten zu stär-
159 ken, sondern Prozesse und Abläufe zu standardisieren und zu optimieren.
- 160 • Die Reservistinnen und Reservisten sowie die Reserveverbände sind durch eine höhere Anzahl,
161 Frequenz und Intensität von Reserveübungen zu stärken und die Zahl der Reservistinnen und
162 Reservisten, die regelmäßig an Übungen teilnehmen, mittel- bis langfristig ist auf mindestens
163 3% der Gesamtbevölkerung zu erhöhen.
- 164 • Es ist eine Strategie zu entwickeln, wie auch andere Berufsgruppen ohne militärischen Hinter-
165 grund die Bundeswehr unterstützen können und somit Verteidigung zu einer gesamtgesell-
166 schaftlichen Aufgabe zu machen.

167 Auch wenn es sich bei der Bundeswehr um einen sicherheitspolitischen Bereich handelt, der strengen
168 Vorgaben unterliegt, muss es das Ziel sein, Abläufe und Prozess effizient zu gestalten. Dieser Aspekt
169 soll in der Zukunft noch mehr Beachtung finden. Die Truppe muss nicht zwingend personell aufgestockt
170 werden, sondern ihr vielmehr zu mehr Stärke durch Prozessverbesserungen verholfen werden. Die
171 Gruppe der Reservistinnen und Reservisten, welche in einem Konfliktfall rekrutiert werden können, ist
172 zudem zu erhöhen. Momentan gibt es ca. 950.000 Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr in
173 der deutschen Bevölkerung, was etwa 1% der Gesamtbevölkerung entspricht. In anderen Ländern wie
174 z.B. Finnland beträgt der Reservistenanteil mehr als 15% der Gesamtbevölkerung. Der Krieg Russlands
175 gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig Reservistenverbände zur Landesverteidigung für die Ukraine sind.
176 Daher soll nicht nur die Anzahl der Reservistinnen und Reservisten, sondern auch ihre Einsatzbereit-
177 schaft durch ein häufigeres und intensiveres Training deutlich erhöht werden. Zudem muss Verteidi-
178 gung unseres Landes als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgefasst werden. Es sind deshalb Pläne zu
179 entwickeln, wie auch andere Berufsgruppen insbesondere im Krisenfall unterstützen können.

180 **Ausrüstung als Schlüssel zum Erfolg**

181 Nur wer die entsprechende einsatzfähige Ausrüstung besitzt, kann sich im Ernstfall verteidigen. In den
182 letzten Jahren entstand der Eindruck, dass dies nicht die höchste Priorität innerhalb der Bundeswehr
183 und des Bundesverteidigungsministeriums hatte. Zielführende Reformen blieben bisher aus. Dies gilt
184 es schnellstmöglich zu ändern und die Ausrüstung der Bundeswehr einsatzfähig zu machen. Aus die-
185 sem Grund stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 186 • Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw)
187 ist grundlegend zu reformieren. Dabei sind neben den Sicherheitsaspekten auch wirtschaftli-
188 che Aspekte zu berücksichtigen.

- 189 • Der Beschaffungsprozess für die Ausrüstung der Bundeswehr ist unter strengen Datenschutz-
190 vorschriften innerhalb der nächsten drei Jahre vollständig zu digitalisieren.
- 191 • Im Zuge der Digitalisierung sind die Beschaffungsprozesse insbesondere für Verbrauchsmate-
192 rialien zu dezentralisieren und automatisieren. Damit geht eine digitale Bestandsführung ein-
193 her.
- 194 • Die 25-Millionen-Euro-Vorlage ist auf 100 Millionen Euro anzuheben.

195 Eine Bundesbehörde sollte sich kostenseitig an wirtschaftlichen Benchmarks orientieren und ihre Pro-
196 zesse daran ausrichten. Dies scheint beim BAAINBw nicht der Fall zu sein. Aus diesem Grund besteht
197 hier ein dringender Reformbedarf. Beschaffungsprozesse, Lagerhaltung und Bestandsführung sind in
198 Zeiten des Onlinehandels vollkommen normale und digitalisierte Prozesse. Auch wenn Rüstungsgüter
199 strengerer Sicherheitsbestimmungen unterliegen, sind die Best Practices-Beispiele aus der freien Wirt-
200 schaft auf das Beschaffungswesen der Bundeswehr zu übertragen. So können Papier und Personal ge-
201 spart werden, wenn unter anderem zu einem Kanban-Prinzip übergegangen wird, beispielsweise bei
202 der Beschaffung von Verbrauchsmaterialien wie Schrauben. Des Weiteren muss zu jeder Zeit ein Über-
203 blick über alle Bestände der Bundeswehr bestehen. Aktuell müssen alle Beschaffungsvorhaben der
204 Bundeswehr über 25 Millionen Euro im Haushaltsausschuss beraten werden. Beschaffungen in ande-
205 ren Ministerien unterliegen diesen Regeln nicht. Um Beschaffungen zu beschleunigen, soll die 25-Mil-
206 lionen-Euro-Vorlage auf 100 Millionen angehoben werden.

207 Zudem stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen an größere Beschaffungs-
208 vorhaben:

- 209 • Bei Neubeschaffungen der Ausrüstung sollen europaweit die besten Standards im Einklang mit
210 der NATO für die Gerätschaften gelten. Es soll keine nationalen Sonderlösungen geben.
- 211 • Bei der Rüstungsbeschaffung sind militärische und nicht wirtschaftliche Aspekte zentrale Ent-
212 scheidungskriterien. Dabei ist das nationale Sicherheitsinteresse zu berücksichtigen, wonach
213 Rüstungsgüter in bestimmten Bereichen in Deutschland hergestellt werden müssen. Gleichzei-
214 tig sollen in Zukunft bestehende System von Bündnispartnern mehr Berücksichtigung bei der
215 Ausstattung der Bundeswehr finden. Dazu ist eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik
216 zu etablieren sowie der europäische Rüstungsmarkt zu stärken.
- 217 • Um die Anforderungen der Streitkräfte zu erfüllen, soll ein zielgerichteter Anforderungs- und
218 Anforderungsänderungsprozess definiert werden, der jede Anforderung auf sein Kosten-Nut-
219 zen-Verhältnis prüft. Dies gilt auch für Rüstungsk Kooperationen, die grundsätzlich zu befürwor-
220 ten und voranzutreiben sind, aber den Prozess nicht lähmen dürfen. Der Vergabeprozess sowie
221 die Kosten sind transparent darzulegen.

- 222 • Die Verträge sind konsequenter zu gestalten und durchzusetzen, indem nur einwandfreie Pro-
223 dukte abgenommen und etwaige Maluszahlungen bei Verzögerungen Anwendung finden.
- 224 • Es ist ein langfristiger Investitionsplan vorzulegen, um eine zukunftsorientierte Ausrüstung si-
225 cherzustellen.
- 226 • Bei der Ausstattung der Bundeswehr sind auch Infrastrukturen für Übungen und Simulationen
227 zu berücksichtigen.
- 228 • Die Manöver der Bundeswehr sind zukünftig stärker in den öffentlichen Raum auszuweiten
229 und nicht nur auf Truppenübungsplätze zu beschränken.

230 Es erscheint nicht zielführend, wenn jedes Land seine eigenen Standards an militärisches Gerät defi-
231 niert. Es müssen aus diesem Grund verbindliche EU-Standards geschaffen werden, um die Interopera-
232 bilität innerhalb der Europäischen Union und innerhalb der NATO zu gewährleisten. Dazu gehört ein
233 strukturierter Beschaffungsprozess, in dem auch nicht zwingend erforderliche Anforderungen abge-
234 lehnt werden. Es geht hierbei darum, ein verteidigungsfähiges Gerät zu designen und nicht jeden Son-
235 derwunsch zu erfüllen. Bei diesem Beschaffungsprozess sind ein europäischer Ansatz und die damit
236 verbundenen Rüstungskoperationen im Gegensatz zu nationalen Alleingängen zu befürworten. Auch
237 führen nachträgliche Anforderungsänderungen oder eine intransparente Vergabe zu erhöhten Kos-
238 ten., dem entgegenzuwirken ist. Des Weiteren ist eine langfristige Planung erforderlich, um die langen
239 Konzeptions- und Beschaffungsphasen für militärische Ausrüstung entsprechend zu berücksichtigen.
240 Hinzu kommt, dass es bei der militärischen Ausstattung nicht nur um Panzer und Waffen geht, sondern
241 auch um Übungsräume wie Schwimmhallen und Simulatoren. Für diese ist genauso eine langfristige
242 Planung aufzustellen, um sicherzustellen, dass die Soldatinnen und Soldaten geeignete Ausbildungs-
243 bedingungen wiederfinden. Bislang beschränken sich Manöverübungen der Bundeswehr auf wenige
244 Truppenübungsplätze in Deutschland. Das schränkt ihre Möglichkeiten ein, verschiedene Territorien
245 kennenzulernen. Würden Manöver auf den öffentlichen Raum ausgeweitet werden, würden der Bun-
246 deswehr verschiedene Infrastruktur und somit mehr Übungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

247 **Die Bundeswehr als Teil unserer Gesellschaft**

248 Für die Junge Union Schleswig-Holstein gehört die Bundeswehr in die Mitte unserer Gesellschaft. Aus
249 diesem Grund stellen wir die folgenden Forderungen:

- 250 • Die Bundeswehr kooperiert stärker mit Universitäten, Forschungsinstituten und Schulen.
- 251 • Die zwei Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg sind auszubauen.

- 252 • Die Institution der Jugendoffizierinnen und -offiziere ist auszubauen. Dabei zählt es zu den ori-
253 ginären Aufgaben, sich nicht nur mit Schulen und Universitäten, sondern auch mit Vereinen
254 und politischen Organisationen auszutauschen.
- 255 • Es sollen Ordensverhängungen und Gelöbnisse öffentlich durchgeführt werden.

256 Um die genannten Aufgaben der Bundeswehr zu erfüllen, sind Kooperationen mit Universitäten, For-
257 schungsinstituten und Schulen unerlässlich. Nicht nur um Wissen der Expertinnen und Experten zu
258 nutzen und so Synergien zu schaffen oder Personal zu gewinnen, sondern auch um die Bundeswehr in
259 der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern und deutlich zu machen, dass militärische Forschung es-
260 sentielle Voraussetzung für unsere Sicherheit ist. Außerdem muss die Forschungskompetenz und der
261 Forschungsumfang der Bundeswehr in neuen Technologien (z.B. Cybersicherheit, bewaffnete Droh-
262 nen, Kommunikationstechnologien) verbessert werden. Bislang gibt es zusätzlich einen Personalman-
263 gel an Hochschulinstituten, die sich mit Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beschäftigen, der beho-
264 ben werden muss. Dazu müssen die vorhandenen Universitäten der Bundeswehr personell und mate-
265 riell deutlich besser ausgestattet werden. Zudem müssen weitere Forschungseinrichtungen der Bun-
266 deswehr aufgebaut und existierende Forschungsk Kooperationen mit anderen zivilen Forschungseinrich-
267 tungen verstärkt werden. Des Weiteren ist es wichtig, einen Austausch zwischen Gesellschaft und Bun-
268 deswehr herzustellen. Dafür sehen wir die Jugendoffizierinnen und -offiziere als wichtige Institution
269 an, die diesen Dialog mit allen Interessierten führen muss. Öffentliche Orden und Gelöbnisse sollen
270 zudem die Sichtbarkeit der Bundeswehr im Alltag erhöhen.

271 **Katastrophenschutz im Inneren**

272 Die zunehmende Zahl an Extremwetterereignissen als Folge des Klimawandels und die Corona-Pande-
273 mie haben uns die Schwächen im Katastrophen- und Zivilschutz vor Augen geführt. Um die gesell-
274 schaftliche Resilienz zu stärken und den Schutz der Bevölkerung zukünftig sicherstellen zu können,
275 stellen wir die folgenden Forderungen.

- 276 • Der Zehn-Punkte-Plan für Bevölkerungsschutz ist konsequent umzusetzen. In das dabei zu
277 schaffende neue Lage- und Kompetenzzentrum ist der Gesundheitsschutz fest und nahtlos zu
278 verankern.
- 279 • Das öffentliche Bewusstsein für den Schutz vor Großschadensereignissen ist zu stärken. Im
280 Zuge des Nationalen Warntages sollen alle öffentlichen Einrichtungen unterstützt von den Ka-
281 tastrophenschutzverbänden entsprechende Übungen durchführen.
- 282 • Es sind ausreichende Reserven anzulegen und kurzfristig einsatzbereite Produktionskapazitä-
283 ten für medizinische Produkte und Wehrtechnik etc. zu schaffen.

- 284 • Notstromversorgung und Hochwasserschutz für die kritische und insbesondere auch die digi-
285 tale Infrastruktur sind einzurichten.

286 Die Katastrophenschutzbemühungen zu Beginn der Corona-Pandemie wurden durch defizitäre Krisen-
287 abläufe zwischen den zuständigen Behörden beeinträchtigt. Während die meisten Katastrophen-
288 schutz-Organisationen an die Innen- und Zivilschutzministerien gegliedert sind, fällt die leitende Zu-
289 ständigkeit im Pandemiefall an das Bundesgesundheitsministerium mit seinen nachgeordneten Behör-
290 den wie den Gesundheitsämtern. Um diesen Nachteil zukünftig zu vermeiden, fordern wir die feste
291 Einbindung des Gesundheitsschutzes in das neue Lage- und Kompetenzzentrum. Die bundesweite Zivil-
292 und Katastrophenschutzstrategie muss also auf der Krisenvorbereitung des einzelnen Bürgers auf-
293 bauen. Neben vielen wichtigen Empfehlungen, wie der Bevorratung von Lebensmitteln für vierzehn
294 Tage, müssen wir weitere Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Deshalb fordern wir regelmäßige Katastrophen-
295 schutzübungen in allen öffentlichen Einrichtungen. Eine direkte Einbeziehung der Katastrophenschutz-
296 verbände wird deren Nachwuchsgewinnung unterstützen.

297 Die Geschwindigkeit, mit der wir im Laufe der Corona-Pandemie in der Lage waren, medizinische
298 Schutzmasken in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, kann in keinsten Weise zufriedenstellen.
299 Es sind schon heute entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um kurzfristige Produktionsmöglichkei-
300 ten für medizinische Produkte oder Wehrtechnik zu schaffen. Im Zuge des Klimawandels wird es zu-
301 nehmend darauf ankommen, kritische Infrastruktur auch bei starken Hochwasserereignissen in Betrieb
302 zu halten. Bisherige Schutzkonzepte müssen auf das zu erwartende Anforderungsprofil angepasst wer-
303 den. Mit dem Voranschreiten der Digitalisierung gewinnt die Strom- und Internetversorgung dabei ei-
304 nen zunehmenden Stellenwert.

305 Das Thema Lebensmittel spielt im Falle einer Krise eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund sehen
306 wir die folgenden Punkte als unerlässlich an:

- 307 • Die Zielmarke des Selbstversorgungsgrads von durchschnittlich 100% im Lebensmittelbereich
308 in Deutschland muss erreicht werden.
- 309 • Es ist sicherzustellen, dass potentielle Fehlbeträge im europäischen Binnenmarkt ausgeglichen
310 werden können.
- 311 • Freihandelsabkommen sind nachzuverfolgen, CETA ist zu ratifizieren und TTIP neu aufzulegen.
- 312 • Die deutsche Katastrophenhilfe ist im europäischen Rahmen (HERA) zu integrieren.

313 Spätestens seit dem Ausbruch von Covid-19 ist der Begriff „systemrelevant“ im allgemeinen Sprachge-
314 brauch verankert. Neben der energetischen Infrastruktur gibt es viele weitere Bereiche, in denen
315 Deutschland und Europa sicher aufgestellt sein müssen. Dazu gehören neben Lebensmitteln vor allem

316 Medizintechnik und Krisenhilfe. Hier sollten wir wo sinnvoll möglichst autark sein und in Bereichen, die
317 wir nicht abdecken können, starke Partnerschaften aufrechterhalten und ausbauen,

318 **Deutschland in der Welt**

319 Deutschland ist ein Land, das weltweit als Vorbild angesehen wird, sich aber gleichzeitig nicht immer
320 in seiner eigenen Rolle sicher zu sein scheint. Um der Führungsrolle Deutschlands innerhalb Europas,
321 aber auch in der Welt, gerecht zu werden, bedarf es daher einerseits des Vertrauens in uns selbst, für
322 Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand zu stehen, und andererseits des Bewusstseins, hierfür
323 auch eintreten zu müssen. Dieser Schritt erfordert politischen und gesellschaftlichen Mut. Daher for-
324 dert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 325 • Deutschland muss sich seiner globalen Vorbildfunktion verstärkt bewusst sein und sich ent-
326 sprechend international mutiger und entschlossener verhalten.
- 327 • Deutschland muss fester und integraler Bestandteil der Europäischen Union bleiben. Die Bun-
328 desrepublik soll sich stärker dafür einsetzen, dass die Europäische Union perspektivisch erwei-
329 tert und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union vertieft wird.
- 330 • Die Europäische Union muss sich unter Berücksichtigung und Einbindung der NATO effektiver
331 im Sinne einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen können.

332 Als integraler und fester Bestandteil der Europäischen Union obliegt Deutschland ein besonderes
333 Maß an Verantwortung. Die Europäische Union ist ein erfolgreiches Friedensprojekt, das dem Kon-
334 tinent Stabilität, Wohlstand und Freiheit gebracht hat. Die Europäische Union ist jedoch strukturell
335 und inhaltlich nicht ohne Probleme und Fehler. Ziel muss es sein, hierfür gemeinsame Lösungen zu
336 finden und Verbesserungen anzustreben, anstatt aus der Europäischen Union auszutreten. Inner-
337 halb der EU soll sich dafür eingesetzt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auch
338 weiterhin vertieft wird. Insbesondere bedarf es einer tieferen europäischen Integration im Bereich
339 der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Einstimmigkeitserfordernis hemmt diesen
340 Kurs. Des Weiteren müssen sich alle Mitgliedstaaten bewusst sein, dass die EU im Einklang mit der
341 NATO auch für gegenseitige militärische Unterstützung im Rahmen der Beistandsklausel einsteht.

- 342 • Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO muss auch in Zukunft Grundlage unserer Außen-
343 und Sicherheitspolitik bleiben.
- 344 • Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss die Werte- und Strukturvorstellungen der
345 freiheitlichen-demokratischen Grundordnung stärker als bisher berücksichtigen. Die Zusam-
346 menarbeit mit den USA, Großbritannien und allen anderen Staaten, die diese Vorstellungen

347 teilen, sind daher beizubehalten und auszubauen. Daher müssen von Autokratien und Dikta-
348 turen gefährdete Staaten wie die Ukraine, Georgien, Moldawien, Taiwan und die weiteren am
349 südchinesischen Meer liegenden Staaten, Japan, Südkorea oder Israel stärker unterstützt wer-
350 den.

351 • Um Länder, die unter einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg leiden, beim Aufrechterhalten
352 der Wehrfähigkeit zu helfen, ist die Unterstützung in den Sektoren der Brandlöschung, der
353 Bergung und der Krankenversorgung unerlässlich.

354 Im Bereich der Sicherheit ist auch in Zukunft auf die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, die enge
355 Bindung an die USA und auf weitere außereuropäischen freiheitliche Demokratien wie Israel, Kanada,
356 Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Taiwan zu setzen. Gleichzeitig müssen Deutschland und
357 die Europäische Union auch für weitere Regionen anschlussfähig bleiben. Deshalb dürfen Lateiname-
358 rika, Afrika, der Nahe und Mittlere Osten, Südostasien und der restliche Pazifikraum nicht aus dem
359 Blickfeld verschwinden. Stattdessen müssen globalpolitische Aspekte für die Ausrichtung von Politik
360 auch in diesem Bereich bei der Abwägung zukünftiger Zusammenarbeit eine größere Rolle spielen.
361 Hierbei ist insbesondere die geostrategische Ausbreitung chinesischen und russischen Einflusses auf-
362 merksam zu verfolgen.

363 Die Zusammenarbeit im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik ist insbesondere mit Partnern aus-
364 zubauen, die unsere Werte teilen. Dennoch müssen wir anerkennen, dass wir uns in einer globalisier-
365 ten Welt nicht davor verschließen können, mit Partnern Beziehungen zu pflegen, die nicht vollständig
366 unseren Wertvorstellungen folgen. Es muss jeweils im Vordergrund stehen, ob es tiefsitzende struktu-
367 relle oder strategische Gegensätze gibt. Das steht auch vor dem Hintergrund eines neuen Verständnis-
368 ses der Weltordnung, die sich derzeit rasant ändert. Dazu gehört, zu erkennen, dass es sich bei der
369 Volksrepublik China und bei der Russischen Föderation um "systemische Rivalen" handelt. Diese Un-
370 terschiede führen zu einem Wettbewerb der Systeme, welcher derzeit droht, in eine Eskalationsspirale
371 zu führen. Es wäre falsch, die autoritären Entwicklungen in der Welt widerspruchslos hinzunehmen.
372 Gleichzeitig darf es keine neuen militärischen Auseinandersetzungen in Europa geben. Dazu müssen
373 unsere Streitkräfte stark genug sein, um andere vom Einsatz militärischer Mittel abzuschrecken.

374 In Anbetracht des Eingeständnisses der immensen historischen Schuld ist Deutschland in besonderem
375 Maße dazu verpflichtet, die Sicherheit, den Bestand und die Freiheit Israels zu schützen. Insofern be-
376 sitzt das Land auch als einzige freiheitliche Demokratie im Nahen Osten unsere volle Unterstützung.

377 Ein Land kann nur so lange seine Wehrhaftigkeit aufrecht erhalten, wie es in der Lage, ist auch die
378 Sektoren Brandlöschung, Bergung und Krankenversorgung zu gewährleisten. Aus diesem Grund ist es
379 entscheidend, Länder, die angegriffen werden, auch in diesen Bereichen bestmöglich zu unterstützen.

380 Unter Einbeziehung der vorgenannten Aspekte bleibt es für uns unbestritten, dass internationale Si-
381 cherheitspolitik und ihre verschiedenen Facetten auf europäischer Ebene zu denken sind. Aus diesem
382 Grund sind für uns die folgenden Punkte essentiell für eine gemeinsame europäische Sicherheitspoli-
383 tik:

- 384 • Es sind schon heute die Grundsteine für eine europäische Verteidigungsunion – wie unter an-
385 derem im Strategischen Kompass beschrieben – zu legen. Dazu ist eine ständige militärische
386 Führung einzurichten. Diese wird durch das Europäische Parlament kontrolliert und gesteuert.
- 387 • Es ist ein dedizierter Kommissar zu ernennen, der sich schwerpunktmäßig um das Thema Ver-
388 teidigung und Sicherheitspolitik kümmert.
- 389 • Es sollen militärische Übungen mit Soldatinnen und Soldaten der gesamten EU durchgeführt
390 werden. Hier ist die NATO mit einzubeziehen.

391 Europa muss die eigene Sicherheit in die eigenen Hände nehmen. Dies widerspricht nicht dem Frie-
392 densprojekt Europa. Vielmehr haben wir uns auch historisch dazu verpflichtet, diesen Frieden zu wahren.
393 Dazu werden multinationale Zusammenschlüsse für Einzelprojekte, wie es bereits im Rahmen der
394 European Union Force (EUFOR) geschieht, langfristig nicht ausreichen. Wir müssen langfristig Perso-
395 nen, Prozesse und Strukturen institutionalisieren, um im Ernstfall sofort als europäische Verteidigungs-
396 union reagieren zu können. Der Strategische Kompass der Europäischen Union stellt dafür eine gute
397 Basis dar. Dem Europäischen Parlament und einem neuen Kommissar für Verteidigung und Sicherheits-
398 politik kommen hier eine große Bedeutung zu. Es muss langfristig geplant werden, wie die rechtlichen
399 Grundlagen für eine solche Streitkraft in Deutschland geschaffen werden können. Nichtsdestotrotz
400 kann es schon im Vorfeld gemeinsame Übungen geben, die uns besser vorbereiten.

401 **Cybersicherheit als essentieller Bestandteil der Sicherheitspolitik**

402 Der Krieg gegen die Ukraine und insbesondere die Angriffe auf Satelliten-Internet-Systeme in den ers-
403 ten Kriegstagen haben gezeigt, dass militärische Konflikte inzwischen auch im Cyberinformationsraum
404 stattfinden. Deshalb stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 405 • Es ist so schnell wie möglich eine Cyberhundertschaft einzurichten.
- 406 • Die Aufklärungsarbeit zu IT-Angriffen und, wie man sich vor ihnen schützt, ist auszubauen.
- 407 • Unternehmen sind bei der Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes zu begleiten.
- 408 • Es ist mehr in die Umsetzung bereits vorhandener Schutztechnologien zu investieren.
- 409 • Das konsequente Umsetzen der Anwendung kryptographischer Verfahren zum Schutz von IT-
410 Systemen und Kommunikationskanälen ist zu forcieren.

411 Straftaten im digitalen Raum stellen die Polizei aktuell vor große Herausforderungen. Um die Polizei
412 zukunftsfähig zu machen, müssen zusätzliche Stellen für weitere Expertinnen und Experten insbeson-
413 dere aus der IT und den Naturwissenschaften geschaffen werden. Um die notwendigen Fachkräfte zu
414 finden, muss eine attraktive berufliche Perspektive eröffnet werden mit verschiedenen Fort- und Wei-
415 terbildungen sowie guten Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten. Unternehmen verlieren bereits heute Mil-
416 liarden an Einnahmen durch Wirtschaftsspionage anderer Staaten. Eine vernachlässigte IT-Infrastruk-
417 tur in Unternehmen kann den gesamten Erfolg und das Überleben aufs Spiel setzen. Hier ist der Staat
418 gefragt, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten und Unternehmen bei der Umsetzung des IT-Sicherheitsge-
419 setzes zu begleiten. Die Aufklärungsarbeit sollte sowohl in den Schulen als auch über Kampagnen für
420 die gesamte Bevölkerung erfolgen. IT-Sicherheit muss als ein Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor
421 fremden Mächten wahrgenommen werden. Der Schutz kritischer Infrastruktur vor Cyberangriffen
422 muss deshalb weiter fortgesetzt und die schon jetzt geltenden Standards kontinuierlich erweitert wer-
423 den. Daher müssen wir deutlich mehr in die Umsetzung von bereits vorhandenen Technologien inves-
424 tieren. Die kryptographischen Verfahren zum effektiven Schutz von IT-Systemen und zum sicheren
425 Verschlüsseln von Daten sind bereits vorhanden, aber an vielen Stellen nicht umgesetzt. Auch die beste
426 Kryptographie nutzt wenig, wenn der Anwender unsichere Passwörter verwendet. Das Bewusstsein
427 für den sicheren Einsatz von Informationstechnik muss in der gesamten Bevölkerung gestärkt werden.
428 Deshalb stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 429 • Des Weiteren sind auch staatliche Sicherheitsorgane auf die neuen Bedrohungen vorzuberei-
430 ten.
- 431 • Die Polizei und Bundeswehr sind zur Aufklärung und Abwehr im Cyberinformationsraum zu
432 befähigen.
- 433 • Die Kompetenzerweiterung der Bundeswehr von Cybersicherheit bis hin zu elektronischer
434 Kriegsführung ist voranzutreiben.
- 435 • Es soll kein Offenhalten von Sicherheitslücken für Spionagezwecke geben.

436 Auch die Polizei und Bundeswehr müssen einen großen Rückstand in diesem Bereich aufholen. Die
437 Polizei muss insbesondere durch entsprechende Kompetenzen dazu befähigt werden, Straftaten im
438 Internet effektiv aufzuklären. Es ist nicht ausreichend, nur Kompetenzen in Bereichen der Cybersicher-
439 heit bei der Landesverteidigung zu besitzen. Um bei Angriffen auf Augenhöhe agieren zu können, müs-
440 sen auch die Fähigkeiten für eine elektronische Kriegsführung beherrscht werden. Das bewusste Of-
441 fenhalten von Sicherheitslücken für Spionagezwecke halten wir für falsch.

442 **Energetische Versorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa sichern**

443 Der Krieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, dass viele vermeintliche Sicherheiten keine
444 Realität mehr sind. Nun kommen als Folgen der Sanktionen gegen Russland weitere Belastungen auf
445 die Bürgerinnen und Bürger zu. Es muss unser Ziel sein, zum einen kurzfristig Abhilfe auf dem Energie-
446 markt zu schaffen. Zum anderen sind aber auch mittel- und langfristig Strategien für eine energetische
447 Sicherheit zu entwickeln. Aus diesem Grund stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden
448 Forderungen:

- 449 • Der Aufbau der LNG-Terminals und der dazugehörigen Infrastruktur sind zielstrebig voranzu-
450 treiben.
- 451 • Es soll eine zeitlich begrenzte Laufzeitverlängerung von zwei Jahren für die noch am Netz be-
452 findlichen Meiler auf den Weg gebracht werden.
- 453 • Die Forschung zur Nachverwendung abgeschalteter AKWs ist zu intensivieren.
- 454 • Die Verfahren für energetische Bauprojekte, insbesondere für das Projekt „SuedLink“, sind zu
455 beschleunigen.
- 456 • Das Verbot für „Fracking“ (Hydraulic Fracturing) soll beibehalten werden.
- 457 • Es sind steuerfreie finanzielle Entlastungen für von der Gaskrise betroffene Bedürftige wie z.B.
458 Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente, Auszubildende und Studierende zu
459 schaffen.

460 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert seit Langem LNG-Terminals. Sobald auf dem Weltmarkt
461 die Kapazitäten zur Verfügung stehen, sollten wir auch bereit sein, das Gas zu importieren. Dafür ist
462 ein konsequenter Ausbau der Infrastruktur vor Ort und der Terminals selbst notwendig. Ein Negativ-
463 beispiel für solche Projekte erleben wir aktuell mit „SuedLink“. Die Stromtrasse hätte eigentlich 2022
464 fertiggestellt sein sollen, mittlerweile wird 2028 angepeilt. Es kann nicht sein, dass wir nachhaltigen
465 Strom aus Schleswig-Holstein in norwegischen Stauseen speichern, bei Bedarf aber nicht in den Süden
466 der Bundesrepublik bringen können. Darüber hinaus sollte die Forschung zur Speicherung und effizien-
467 ten Wiederfreigabe von Strom vorangetrieben werden.

468 Neben diesen zukunftsorientierten Projekten muss jetzt aber auch akut Abhilfe geschaffen werden.
469 Auf Seiten der Energieproduktion ist eine der wenigen aktuell verfügbaren CO₂-armen Methoden die
470 Kernenergie. Auch bei noch ungelösten Fragen wie der Endlagerung ist diese vor dem Hintergrund der
471 Klimakrise neben dem Kohleausstieg und der Umstellung von russischem Gas nicht entbehrlich. Noch
472 weitere Teile unseres Stroms aus Kohle zu produzieren, ist nicht sinnvoll. Die Forschung zu weiteren
473 nachhaltigen Technologien muss intensiviert werden. Dagegen halten wir die Einstiegskosten, Anlauf-
474 zeit und Umweltrisiken beim „Fracking“ (Hydraulic Fracturing) für zu hoch und befürworten einen Bei-
475 behalt des Verbots.

476 Monetär sehen wir den Staat in der Pflicht, vor allem denjenigen zu helfen, bei denen das eigene Ein-
477 kommen nicht ausreicht, um Mehrkosten aufzufangen. Hier sollten nicht Mittel nach dem Gießkan-
478 nenprinzip verteilt werden, sondern hilfsbedürftige Gruppen identifiziert werden.

479 **Pressefreiheit und Propaganda aus dem Ausland Freie unabhängige Medien versus** 480 **staatlich gelenkte Propagandamaschinerien**

481 Fake News und Desinformationen als Begleiterscheinung eines Krieges sind nicht neu. Spätestens seit
482 dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Dimension von staatlich gelenkten Propaganda-
483 Beiträgen aus dem Ausland jedoch eine neue „Qualität“ erreicht und massiv zugenommen. Die soge-
484 nannten „Bot-Fabriken“ aus Russland oder China haben weltweit zweifelhafte Bekanntheit erlangt.
485 Deshalb stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 486 • Es ist eine unabhängige und aus der Zivilgesellschaft erwachsende Institution nach dem Vor-
487 bild des österreichischen “Mimikama e. V.” einzurichten, welche gezielt Jugendliche, aber auch
488 Erwachsene über die sozialen Medien auf die Fake News-Fallen aufmerksam macht und so
489 mehr Transparenz im Netz schafft.
- 490 • Die Vorgaben bei der Vergabe der Sendelizenzen sind einzuhalten. Der Rundfunkstaatsvertrag
491 sieht klar vor, dass ausländische staatliche Sender in Deutschland keine Rundfunklizenz erlan-
492 gen können. Dieser Grundsatz muss auch weiterhin konsequent verfolgt und umgesetzt wer-
493 den.

494 Für eine freiheitlich-demokratische und liberale Gesellschaft ist es unabdingbar, dass das verfassungs-
495 rechtlich verankerte demokratische Modell freier, unabhängiger und kritischer Medien als vierte Ge-
496 walt verteidigt und gestärkt wird. Es ist sicherzustellen, dass eine seriöse Berichterstattung gewähr-
497 leistet wird. Dieses Medienmodell ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere pluralistischen Demokra-
498 tien existieren und funktionieren können. Doch wissen wir als Demokratinnen und Demokraten
499 ebenso, dass Freiheit immer auch mit Verantwortung einhergeht. Die so wichtige und grundgesetzlich
500 verbrieft Pressefreiheit muss daher fit für das “Medienjahrhundert” gemacht werden. Dieses ist
501 dadurch gekennzeichnet, dass durch die Demokratisierung des Internets prinzipiell jede und jeder zur
502 Produzentin bzw. zum Produzenten von Inhalten werden kann und das politische Agendasetting nicht
503 mehr allein in der Hand einer überschaubaren Anzahl von Leitmedien liegt. Diese Pressefreiheit muss
504 bewahrt und gleichzeitig vor dem böswilligen Eingriff feindlicher Mächte geschützt werden. Dabei sind
505 wir uns der Sensibilität staatlicher Eingriffe in die Medienwelt bewusst. Es kommt daher umso mehr
506 auf mündige und resiliente Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an, welche eine umfassende Medien-
507 und Demokratiebildung erfahren müssen. Die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform darf sich

508 im globalen Systemwettbewerb des nächsten Jahrhunderts nicht von autokratischen Regimen von In-
509 nen destabilisieren lassen! Auch deshalb halten wir eine starke zivilgesellschaftliche Front gegen Fake
510 News und Propaganda für unabdingbar. Die Einrichtung und Bekanntmachung eines staatlich geför-
511 derten Vereins nach dem Vorbild des österreichischen “Mimikama e. V.” kann hierbei ein erstes Ent-
512 wicklungsziel sein.

513 **Effiziente Bekämpfung von Extremismus**

514 Jede Form von Extremismus – links, rechts, religiös oder in sonstiger Weise motiviert – hat in unserer
515 Gesellschaft keinen Platz. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus- präventiv und repressiv. Wir
516 setzen uns für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem Extremismus stets auf Widerspruch stößt und
517 aktive Zivilcourage gelebt wird. Die Junge Union stellt deshalb die Forderungen:

- 518 • Eine effektive Prävention von Extremismus in jeder Lebensphase für alle Bürgerinnen und Bür-
519 ger muss sichergestellt werden.
- 520 • Die Prävention in der frühkindlichen Bildung, an Schulen, Berufsschulen und Universitäten ist
521 zu verstärken.
- 522 • Weiterbildungs- und Qualifikationsangebote bei Job-Centern und Agenturen für Arbeit in Be-
523 zug auf politische Bildung müssen bereitgestellt werden.
- 524 • Ein breites altersgerechtes Angebot für Seniorinnen und Senioren in Bezug auf politische Bil-
525 dung, insbesondere mediale Kompetenzen und Desinformation, ist zu schaffen.
- 526 • Eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz für jegliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst vor
527 Dienstantritt ist durchzuführen.
- 528 • Eine schnellere und konsequentere Entfernung von Beamtinnen und Beamten sowie Ange-
529 stellten des öffentlichen Dienstes aus dem Dienst hat zu erfolgen, sofern sich während des
530 Dienstverhältnisses verfassungsfeindliche Tendenzen aufzeigen.
- 531 • Jedem Verein, der sich nicht zur Verfassung bekennt, sind finanzielle Förderung und der Zu-
532 gang zu öffentlichen Institutionen zu verwehren. Jegliche Kooperation mit staatlichen Stellen
533 ist auszuschließen. Es muss ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundord-
534 nung abgegeben werden.
- 535 • Der Austausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sowie ande-
536 ren Sicherheitsbehörden hat über einheitliche und geschützte Schnittstellen zu erfolgen. Die-
537 ser Austausch soll intensiviert werden. Erkenntnisse müssen dort ankommen, wo sie effektiv
538 eingesetzt werden können.
- 539 • Die verfassungskonforme Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsu-
540 chungen zur Bekämpfung von Extremismus sind zu ermöglichen.

541 Extremismus stellt eine Bedrohung der inneren Sicherheit dar und muss bekämpft werden. Aus dem
542 Verfassungsschutzberichts 2021 vom Land Schleswig-Holstein vom 20.7.22 geht unter anderem her-
543 vor, dass aus dem Phänomenbereich rechts 667 Straftaten (Anstieg um 0,6 % zum Vorjahr) und aus
544 dem Phänomenbereich links 253 Straftaten (Anstieg um 10% zum Vorjahr) erfasst wurden. Um solche
545 Strömungen effektiv bekämpfen zu können, muss auch dort angesetzt werden, wo sie entstehen.
546 Gründe, warum sich Menschen dem Extremismus zuwenden, sind vielschichtig. Oft sind Misserfolg,
547 Ausgrenzung, fehlende Perspektive und Desinformationen ein treibender Faktor. Daher bedarf es ei-
548 ner effektiven Prävention mit Hilfsangeboten und das in jeder Lebensphase. Die bereits gegenwärtig
549 bestehenden Präventionsmaßnahmen sollen intensiviert werden.

550 Für eine effiziente Bekämpfung von Extremismus reicht Prävention alleine jedoch nicht aus. Dem Staat
551 kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Dieser Rolle ist unter anderem dadurch Rechnung zu tragen, dass
552 in Zukunft jegliche Unterstützung oder Kooperation mit Vereinen, die sich nicht eindeutig zu unserer
553 demokratischen Grundordnung bekennen, zu unterlassen sind. Diese Vorbildfunktion ist auch im Um-
554 gang mit (potentiellen) Beschäftigten im öffentlichen Dienst, welche verfassungsfeindliche Tendenzen
555 aufzeigen, zu wahren.

556 Um diese Forderungen durchsetzen zu können, bedarf es einer konstruktiven Zusammenarbeit von
557 Polizei und Verfassungsschutz. Dabei wird der Verfassungsschutz tätig, bevor die Befugnisse der Polizei
558 greifen und fungiert damit als Frühwarnsystem. Da dem Verfassungsschutz aber keine polizeilichen
559 Befugnisse zustehen, müssen relevante Informationen der Polizei mitgeteilt werden, damit diese von
560 ihren Befugnissen Gebrauch machen kann. Diese Befugnisse müssen zudem immer wieder an den
561 Stand der Technik angepasst werden. So bedarf es etwa zur Auswertung von verschlüsselten Nachrich-
562 ten, welche über verschiedene Messenger-Dienste verschickt werden, ein Zugriff an der „Quelle“, wel-
563 che durch die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (sogenannte Quellen-TKÜ) si-
564 chergestellt werden soll. Im Gegensatz dazu wird bei der Online-Durchsuchung auf die Festplatte des
565 Computers zugegriffen. Vorteil dabei ist, dass über einen gewissen Zeitraum die Tätigkeiten nicht zu
566 erkennen ist. Dabei sind selbstverständlich die Befugnisse in verfassungsrechtlicher Weise auszuge-
567 stalten.

568